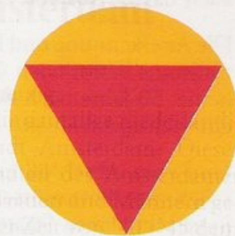
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 8/88

Wer die Vergangenheit verdrängt, kann die Zukunft nicht gestalten

Reichspogromnacht 9. Nov. 1938/9. Nov. 1988

Mal wieder ein Gedenktag. Einer, der uns mahnen soll, der uns Grauenhaftes vor Augen führt: Mord, Raub, Verschleppung, Konzentrationslagerhaft, Zwangsarbeit.

Viele Menschen fragen heute, warum sich daran erinnern? Einige distanzieren sich von diesen kaum vorstellbaren Gewalttaten der Nazis, sie verurteilen das Geschehen, weisen darauf hin, daß dies alles der Vergangenheit angehört. Viele wissen heute wenig oder nichts von dem Tag und dessen Bedeutung. Darum bemühen wir uns als VVN-Bund der Antifaschisten, ein aktives Erinnern an diesen 50. Jahrestag zu erreichen.

Es ist uns ein Anliegen, der vielen Menschen zu gedenken, die durch die nationalsozialistischen Verbrechen umgekommen sind. Und im Weiteren denken wir, daß die Darstellungen des nazistischen Rassismus es möglich macht, Ursachen und Zusammenhänge für Faschismus und Krieg aufzuzeigen und darauf hinzuweisen, wie wir unsere Zukunft **nicht** gestalten wollen. Durch die Kenntnis historischer Fakten wollen wir verhindern, daß wieder andere Menschen diskriminiert und verfolgt werden. Ein Miteinander-Leben als selbstverständliche Voraussetzung für unsere zukünftige Gesellschaft ist dabei unser Ziel.

Antisemitismus

Antisemitismus und Rassismus dienten als Kriegsvorbereitung. Diese ideologische Komponente des Faschismus hat den Deutschen 1933 und auch vorher versucht beizubringen, daß sie das bessere Volk seien. Somit hätte man damit auch das Recht, andere Länder zu überfallen. Der praktische Antisemitismus (der Boykott jüdischer Geschäfte, die Rassengesetzgebung, der 9. November 1938 u.v.m.) stellte eine Vorschule dar, um ideologisch und moralisch auf die „Fälle" der Eroberungskriege vorbereitet zu sein.

Den stärksten Ausdruck fand der faschistische Rassismus bis 1939 im Antisemitismus.

Des weiteren fungierte der Rassismus als eine ideologische Rechtfertigung für den Angriff auf die Arbeiterbewegung. Diese große gesellschaftliche Kraft kämpfte vor 1933 und danach gegen den Faschismus. Sie wurde verunglimpft, indem sie dargestellt wurde als ein „jüdisches Machwerk". Die Lehre von Marx und Engels wurde als ein „jüdisches Werk" hingestellt, das dazu dienen sollte, die „jüdische Weltherrschaft" zu sichern. Hier ging es darum, national die Opposition, die Arbeiterbewegung, zu zerschlagen und international darum, gegen den Bolschewismus in der Sowjetunion eine Front aufzubauen. Die Faschisten brachten als erste die konsequente Einordnung und Zuordnung des überlieferten Antisemitismus in die Klassenauseinandersetzung mit herein.

Rassismus

Aber gelten diese bisherigen Einordnungen des faschistischen Rassismus auch noch für die Etappe des Massenmordes, der ab 1938 an die Stelle von Vertreibung und Unterdrückung rückt?
Rassismus beschränkt sich nicht auf jüdische Bürger. Er richtet sich ebenso gegen andere Völker. Bevor die Juden der „Endlösung" zum Opfer gefallen sind, wurden hunderttausende Sowjetbürger ermordet. Nach den Vorstellungen der Faschisten waren fast alle Menschen außer den Deutschen nicht wert zu leben bzw. wurden der Funktion der Arbeit zugeführt.

Ein prinzipielles Interesse am Leben kennt der Faschismus nicht. Als der Beschluß zur Massenvernichtung der jüdischen Menschen erfolgte, auf der Wannsee-Konferenz 1942 in Berlin, standen den Faschisten ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung. Welchen Sinn und Zweck hat denn ein Mensch nach den Vorstellungen der Faschisten als den eines unnützen Essers? Dieses änderte sich 1943, als die Faschisten mit ihrer Blitzkriegsstrategie nicht das erreichten, was sie wollten. Jetzt wurden massenweise verstärkt Arbeitskräfte benötigt. Das betraf auch die jüdischen Menschen, die jetzt der Vernichtung durch Arbeit zugeführt wurden. Der Genozid wäre ohne den Krieg nicht möglich gewesen. Er war allerdings kein Kriegsziel. Unter den Motiven der Verfolgung und der Vernichtung ist eine klare logische Trennung nicht möglich.

Ausländerfeindlichkeit

Und was heißt das für uns heute? Antifaschistische Politik muß über Analyse und Offenlegung von Zusammenhängen hinausgehen. Welche Funktion hat Rassismus heute? Richtet sich der neue Rassismus verbunden mit der alten Sündenbockfunktion nicht heute in erster Linie gegen die in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden Ausländer? Wenn auch die Ausländerfeindlichkeit von heute und der rassistische Antisemitismus der Nazis in Form und Konsequenz nicht vergleichbar sind, so hat der aktuelle Fremdenhaß doch die gleiche Struktur wie der damalige Antisemitismus. Uns wird heute wieder vermittelt, daß wir „etwas Besseres" sind.

Wollen wir ein friedliches Miteinander-Leben nicht nur in unserer Bundesrepublik, sondern international, so gilt es

auch davon Abstand zu nehmen, Feindbilder aufzubauen.

Die Anerkennung und Entschädigung aller vom Nationalsozialismus betroffenen Opfer ohne Ausgrenzung stellt auch heute, 50 Jahre nach der Reichspogromnacht, immer noch ein wichtiges Anliegen unserer antifaschistischen Politik dar.

Und zum Abschluß ein Blick auf die internationalen Geschehnisse. Hier müssen wir heute auch wieder sehen, daß es in verschiedenen Staaten möglich ist, den Rassismus als Regierungsform zu etablieren. Auch hier gilt es, internationale Solidarität zu üben und gemeinsam mit Gegnern gegen den Rassismus die Regierung der Bundesrepublik dazu zu zwingen, Sanktionen gegen solche Regime (wie besonders Südafrika) durchzuführen.

Susanne Engelbertz

Neue Entschädigungsregelung für Verfolgte des Naziregimes

Für die Verfolgten des Naziregimes sind von der Bundesregierung und dem Bundestag neue Richtlinien zur Entschädigung für bisher nicht berücksichtigte Opfer beschlossen und bekanntgemacht worden. Auch Verfolgte nach den Richtlinien des Bundesentschädigungsgesetzes, die in der Vergangenheit bei Gesundheitsschäden Ablehnungsbescheide erhielten, haben unter Umständen neue Möglichkeiten, eine Entschädigung zu bekommen. In den Richtlinien sind folgende Bedingungen festgesetzt worden:

— Verletzung von Körper, Leben, Gesundheit, Freiheit durch Unrechts- und Willkürmaßnahmen von NS-Staats- oder Parteiorganen (z.B. KZ, Inhaftierung),

— dadurch erlittene erhebliche Gesundheitsschäden,

— wirtschaftliche Notlage, wobei als Einkommensgrenze für einen unverheirateten Betroffenen 1.223,— DM und für einen Verheirateten 1.540,— DM vorgesehen sind. Härteleistungen können also nur bei Unterschreitung dieser Grenzen in Betracht kommen,

— unverschuldetes Versäumen der Anmeldefristen nach dem allgemeinen Kriegsfolgengesetz, wobei hier die Anmeldefrist nach 1959 abgelaufen war.

Wesentlich ausführlicher steht dieses alles in der „Antifaschistischen Rundschau". Wenn jemand Hilfe braucht bei der Antragstellung, bitte im Büro melden (Tel.: 38 29 14) oder direkt bei der Sozialkommission des Bundesvorstandes (Tel.: 0 69 / 72 76 49).

Susanne Engelbertz

Verzetsmuseum Amsterdam
(Widerstandsmuseum)

Heldenmütig, Entschlossen, Barmherzig!
Diesen Waffendruck übergab 1945 die damalige niederländische Konigin Wilhelmina der Stadt Amsterdam. Dieser Spruch, der seit dieser Zeit Bestandteil des Amsterdamer Waffenbanner ist, war den tapferen Frauen und Männern gewidmet, die sich immer wieder in der Zeit von '40 - '45 dem Terror der Nazi-Okkupanten widersetzt und oft ihr Leben geopfert hatten um Verfolgte zu retten.

Zur Dokumentation dieses Widerstandes und als Mahnung gegen aufkommende faschistische Tendenzen wurde 1985 in der ehemaligen Synagoge an der Lekstraat 63 in Amsterdam-Zuid (Süd) das Widerstandsmuseum Amserdam eingerichtet. Die dort vorhandene ständige Ausstellung gibt einen Überblick über alle Widerstandsformen der damaligen Zeit. Hierzu hat man sowohl authentisches Material und Fotos, als auch Video- und Tonbandaufnahmen verwendet. So erzählen u.a. Widerstandskämpfer von Überfällen auf Gefängnisse, Lebensmittelzuteilungskassen, etc.

In der Ausstellung ist auch ein Modell eines Schutzraumes zu sehen, in dem Verfolgte, meist jüdischer Herkunft, Zuflucht gefunden haben und oft jahrelang „untergetaucht" lebten.

Ausführlich wird eingegangen auf die Rolle der illegalen Presse. Mehr als 120 authentische Zeitungen aus der damaligen Zeit sind im Museum zusammengetragen.

Im Obergeschoß des Museums können BesucherInnen mit Hilfe von aufgestellen Computern Daten über den niederländischen Widerstand abfragen. Bis zum 31.10. wird eine Wanderausstellung illegale Fotos aus den besetzten Niederlanden zeigen, auf denen u.a. Widerstandsaktivitäten und Aspekte des sog. Hungerwinters '44 - '45 zu sehen sind.

Bei rechtzeitiger Anmeldung wird für die Gruppen aus der BRD ein deutschsprachiger Museumsführer zur Verfügung gestellt. Für Eintritt und Führung zahlt man Hfl 50,— (Hfl 75,— am Wochenende) pro Gruppe. Einzelkarten kosten Hfl 3,50 (Hfl 1,75 für Kinder bis 16 und Rentner) Öffnungszeiten: Di.-Fr. 10.00 - 17.00 Uhr, Sa.-So. 13.00 - 17.00 Uhr, Montags geschlossen. Tel. 00 31 - 20 - 44 97 97.

Geburtstagsgrüße

Herzliche Glückwünsche allen Kameradinnen und Kameraden, die im August Geburtstag haben!

Wilhelm Lenth	1. 8.	84 Jahre
Ursula Alt	6. 8.	63 Jahre
Karl Dammel	6. 8.	70 Jahre
Martha Rahnig	12. 8.	84 Jahre
Willi Seipel	17. 8.	76 Jahre
Emmy Mertens	24. 8.	87 Jahre
Ernst Fenner	26. 8.	74 Jahre
Hans-Ludwig Meier	26. 8.	74 Jahre
Willi Esselborn	30. 8.	61 Jahre

BEIRÄTEGESETZ NOVELLIERUNG

In der Legislaturperiode 1987 - 1991 plant der Bremer Senat eine Novellierung des Beirätegesetzes. Als Ziele nennt er:

- die Direktwahl der Beiräte einzuführen
- den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das aktive Wahlrecht für die Beiräte zu ermöglichen
- die Rechte der Beiräte zu stärken.

Der Entwurf zur Novellierung liegt seit Februar 1988 zur Diskussion vor. Veränderungsvorschläge sollen nun bis Jahresende erfaßt werden und gegebenenfalls in den Gesetzesentwurf einfließen.

Direktwahl der Beiräte

Zwecks Information und Diskussion ludt die VVN den „Vater„ des neuen Beirätegesetzes — Herrn Facklam, beschäftigt beim Senator für Inneres — ein. Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der Beiräte von 1946 - 1985 informierte Herr Facklam über die 1. geplante Neuerung: Die Direktwahl der Beiräte. Konnte man/frau sich bisher lediglich über bereits anerkannte und in der Bürgerschaft vertretene Parteien/Wählervereinigungen zur Beiratswahl aufstellen und wählen lassen, so ist jetzt auch eine Direktwahl über neuzugründende WählerInnenvereinigungen möglich. Das heißt: in den jeweiligen Stadtteilen können sich zusätzlich zu den Parteien WählerInnenvereine (Vereinsrecht beachten) gründen und sich form- und fristgerecht zur Wahlbeteiligung anmelden. Jeder Wahlvorschlag muß vor dem für das Gebiet der Stadt Bremen satzungsmäßig zuständigen Vorstand persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Wahlvorschläge der in § 17 Abs. 5 Nr. 2 genannten Parteien und Wählervereinigungen müssen außerdem von zweimal so viel Wahlberechtigten des jeweiligen Beiratsbereichs persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie Mitglieder des Beirates zu wählen sind (§ 51 Abs. 2).
D.h.: Sind 19 BeiratsmitgliederInnen zu wählen, ist es notwendig,

[illegible] einen Verein zu gründen und
b) 38 persönliche Unterschriften im jeweiligen Geltungsbereich zu erlangen, um als Wählervereinigung anerkannt zu sein und sich — form- und fristgemäß — zur Wahl anzumelden.

Eine Fünf-Prozent-Klausel ist dabei nicht vorgesehen. Begründung: Wegen der unterschiedlichen Größe der Beiräte bestehen verfassungsrechtliche Bedenken. In der Konsequenz heißt dies, daß jeweilig interessierte BürgerInnen — Deutsche und Nichtdeutsche — sich zusammenschließen können zur Anmeldung ihrer Interessen. Diese können sie jedoch nur begrenzt durchsetzen — die letztendlichen Entscheidungen liegen weiterhin in den Mehrheitsverhältnissen der Bürgerschaft.

Ausländerwahlrecht

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Beteiligung ausländischer MitbürgerInnen ein. Ab 1979 konnten diese über die gängigen Parteien zu sog. Ausländerausschüssen des Beirates gewählt werden. Dort hatten sie beratende Funktion. Ob ihr Ratschlag angenommen wurde, hing von der Bereitschaft der deutschen Beiräte ab. Ab 1985 gab es dann das passive Wahlrecht für AusländerInnen. Dagegen erhob die [illegible] Klage vor dem Staatsgerichtshof.

Geplant ist jetzt das aktive und passive Wahlrecht zu den Beiräten für AusländerInnen. Herr Facklam sagte klar, daß es sich hier um ein Beirätewahlrecht handelt und unterschied sich damit zu jenen, die dies bereits als kommunales Wahlrecht deklarieren. Das kommunale Wahlrecht ist jedoch wesentlich weitgreifender und unterscheidet sich vom Beirätewahlrecht wie ein Hase sich vom falschen Hasen (das ist ein Hackbraten) unterscheidet.

Aber auch zur Beteiligung von AusländerInnen an Beiratswahlen gibt es verschiedene Vorstellungen:

1. Deutsche und Nichtdeutsche sind gleichberechtigt: nach drei Monaten Aufenthalt in Bremen können sie sich wählen lassen und selbst wählen.
2. Nichtdeutsche und Deutsche werden ungleich behandelt: Während Deutsche nach drei Monaten wählbar sind und wählen können, können Nichtdeutsche dies nicht. Verschiedene Vorschläge stehen zur Diskussion. So etwa die Status-Lösung. D.h. AusländerInnen benötigen bekannterweise eine Aufenthaltserlaubnis in der BRD. Zur Beirätewahl sind sie erst dann berechtigt, wenn sie eine Aufenthaltsberechtigung bzw. eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, d.h. in der Regel acht Jahre Mindestaufenthalt. Dies heißt aber auch, daß eine andere Verwaltungsbehörde — die Ausländerpolizei — gegebenenfalls eine Kandidatur verhindern kann. In ihrem Ermessen liegt es, wer eine Aufenthaltsberechtigung erhält. Sie kann außerdem eine bereits erteilte unbefristete Aufenthaltserlaubnis wieder rückgängig machen. Aufgrund dieser Abhängigkeit von einer anderen Behörde tendiert man mehr zur sog. Aufenthalts-Lösung. Demnach ist ein fünfjähriger Aufenthalt in Bremen (bzw. 5 Jahre in der BRD, dies wird noch diskutiert) notwendig, um zum aktiven und passiven Beirätewahlrecht zu gelangen.

Daran knüpfen sich verschiedene Kritikpunkte an: warum fünf Jahre? Dadurch würden Nicht-Deutsche, die für die nächste Wahlperiode zur Verfügung stünden und auch kompetent wären, für weitere Jahre von der Wahl ausgeschlossen. Eine Reduzierung dieser Fünf-Jahresfrist wurde gefordert.

Kritisiert wurde weiterhin, daß Deutsche und Nichtdeutsche unterschiedlich behandelt werden. Wieso kann sich ein Deutscher aus anderen Regionen schneller in Bremer Beiratsfragen/-strukturen zurechtfinden als ein Nicht-Deutscher? Über eventuell auftretende Sprachschwierigkeiten wurde nicht geredet. Dafür wurde die Befürchtung genannt, daß ja jemand — z.B. ein Asylant — zur Wahl sich aufstellen lassen könnte, der dann schnell wieder weg sein könnte. Dies wäre ja auch bei Deutschen möglich (z.B. ein Arbeitsplatz in Süddeutschland bietet sich an) und außerdem gibt es ja auch NachrückerInnen. Deutlich wurde in der anschließenden Diskussion, daß die Herkunft aus einer anderen Kultur die Grundlage für die Fünf-Jahresfrist ist, innerhalb derer sich AusländerInnen mit deutschen Strukturen auseinandersetzen können. Nur: Wenn Menschen aus verschiedenen Kulturen in einem Stadtteil leben — warum soll sich diese Unterschiedlichkeit nicht auch im Beirat wiederspiegeln, der ja die Aufgabe haben soll, bürgernahe Interessen zu vertreten?

Die Frage, wie „Wahlvolk" definiert werden kann, kam auf. Die Positionen dazu sind widersprüchlich. Juristische Gutachten — wie z. B. von Prof. Gerhard Stuby u.a. sagen aus, daß mit Wahlvolk nicht nur deutsche Paßinhaber gemeint sind. Dagegen steht z.B. die Bremer Landesverfassung, die nur Deutschen des Wahlrecht zugesteht. Die Entscheidung um das Wahlrecht ist somit eine politische Entscheidung. Landesrechtliche als auch grundsetzliche Auslegungen/Veränderungen unterliegen letztendlich politischem Entscheidungswillen. Deutlich machte Herr Facklam, daß er

angesichts der heutigen politischen Situation hinsichtlich einer verfassungsrechtlichen Entscheidung um das aktive/passive Wahlrecht von Nichtdeutschen eine starke Ungewißheit befürchtet.

Stärkung von Beiräten

Zum Schluß ging es dann um die Stärkung von Beiräten. Waren die Aufgaben des Beirates bisher sehr pauschal beschrieben worden, so sollen sie jetzt präzisiert und nach Anhörungs-, Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten gegliedert werden. Zukünftig bekommen die Beiräte das Recht, alle Themen von öffentlichem Interesse im Beiratsbereich aufzugreifen, zu erörtern und den Behörden Vorschläge zu unterbreiten. Die Verwaltungsbehörden ihrerseits sollen verpflichtet werden, in allen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse eine Stellungnahme des jeweiligen Beirates einzuholen, z.B. bei verkehrslenkenden und verkehrsbeschränkenden Maßnahmen. In Konfliktfällen sollen die Behörden die Vorschläge der Beiräte den zuständigen Deputationen zur Entscheidung vorlegen. Das bedeutet, daß entsprechende Vorschläge nicht mehr auf der Verwaltungsebene „versanden", sondern auf politischer Ebene in den Deputationen behandelt werden können.

Konkrete Befugnisse erhalten Beiräte zukünftig z. B. bei Beschlüssen über die Verwendung von Beiratsmitteln, Durchführung von Veranstaltungen etc. Daran knüpfte sich die Frage an, ob der Beirat dann das Recht hat, Veranstaltungen, z.B. von Faschisten, zu verbieten. Der Beirat wäre zwar verpflichtet, ein derartiges Thema zu diskutieren, ob er jedoch ein Verbotsrecht hätte — oder dieses doch bei der Bürgerschaft liegt, müßte erst ausprobiert/geklärt werden.

Käte Röhling

Im Verlauf des Sommers ist auf Grund der Einwände seitens der Beiräte der erste Novellierungsentwurf zum Beirätegesetz zurückgezogen worden. Die in der oben dargestellten Diskussion angesprochenen Fragestellungen bleiben trotzdem aktuell. Wir werden das Thema weiter aufgreifen unter dem Aspekt „Antifaschismus und Kommunalpolitik."

Die Redaktion

Zeitzeugen



Viele Jahre kommentierte er Ereignisse und politische Entwicklungen. Jetzt soll über ihn selbst geschrieben werden: **HANS MEIER** geboren am 26. 8. 1914 in Bremen und nachwievor wohnhaft dort.

Als er gefragt wird, warum und für wen er nun schreibt, antwortet er: "Ich erzähle gern und ich schreibe gern." Erst im zweiten Teil der Antwort wird dann deutlich, daß in diesem Satz keine Beweihräucherung eigener Taten steckt, die sich in schriftlicher Form auch noch jedermann/frau anhören soll. Denn da sagt Hans Meier: "Und so schreibe ich in der Hoffnung, mit meiner literarischen Arbeit ein wenig beizutragen, daß Krieg und Faschismus für immer überwunden werden."

Mittlerweile hat er eine ganze Reihe „Hoffnungsträger" in schriftlicher Form vorgelegt. Sein bekanntestes Werk ist sicherlich „Kolonie Raffgier" (1976 erschienen im Verlag Atelier im Bauernhaus), wunderschön illustriert von Nico Timm. Im Nachwort dieses Buches schreibt Prof. Dr. Thomas Metscher, der ideale Leser der Bücher von Hans Meier dürfte der „lesende Arbeiter" Bert Brechts ein. Wen wundert es, denn bei Hans Meier haben wir es in diesem Fall auch mit einem „schreibenen Arbeiter" zu tun. Maler hat er gelernt, zum Journalisten und Buchautor wurde er auf Umwegen.

1931 trat er der Kommunistischen Partei bei; einige Jahre später wurde er deshalb von den Nazis in den Knast gesteckt. Dort lernte er die „große Literatur" in der offensichtlich nicht genügend „gesäuberten" Gefängnisbibliothek kennen. Nach der Zerschlagung des Faschismus wird er Redakteur der „Tribüne der Demokratie" und des „Neuen Echo". Sicherlich ist es ein langer Weg für Hans Meier gewesen, bis er den Stil gefunden hatte, den Thomas Metscher so beschreibt: „Seine Erzählungen sind künstlerisch angeeignete Geschichte, künstlerisch vermittelte Erfahrung. Sie erschließen Aspekte von Alltagserfahrung, ja erkunden die Dialektik von Alltagserfahrung und welthistorischem Geschehen. In diesem Sinne sind sie, wenn die Qualifikation ihres Kunstcharakters verstanden ist, auch eine eminent politische Literatur. Ihr ideelles Zentrum haben sie in ihrem leidenschaftlichen Antifaschismus, ihrer unpathetischen, humorvollen Menschenliebe."

Um so zu schreiben, hat er sich sowohl mit Literaten wie Böll und Hemingway als auch mit sich selbst auseinandersetz müssen — gewissermaßen Abstand in der Erzählung nehmen, obwohl man durch den Aufenthalt in den Nazigefängnissen und durch Kriegslazarette zutiefst betroffen ist. Doch er möchte — wie er es mal bei einem Vortrag für Jugendliche in einem Freizeitheim formulierte — nicht aufklären durch das Aneinanderreihen von Verbrechen und Grausamkeiten, sondern durch die Darstellung von Bedingungen, die zu diesen Verbrechen und Grausamkeiten führten. Nicht sein persönlicher Schmerz, ihm zugefügt durch die Schläge der Nazischergen, wird zum Mittelpunkt seiner Erzählung, sondern die geschichtlichen Entwicklungen, Fehler und Unzulänglichkeiten, die diese Schergen produziert bzw. nicht verhindert haben. Für Hans Meier muß Literatur deshalb leidenschaftlich sein. Sie soll Zeugnis geben, wie es wirklich war; sie soll nicht nur Schwarz-Weiß-Bilder malen, sondern auch die Grautöne zeigen. In diesem Sinne interessiert ihn gerade die heutige sowjetische Literatur, die dabei ist, diese Ansprüche für ihre eigene Geschichte umzusetzen.

Man darf gespannt sein, bald Hans Meier's Darstellung des antifaschistischen Widerstandes in Bremen (unter besonderer Berücksichtigung des kommunistischen) lesen zu dürfen.

John Gerardu

Das Buch **„Kolonie Raffgier"** ist im Büro erhältlich.

MAHNWACHE

Mittwoch, 24. August

Vor dem Parlamentsgebäude von 16.00 - 18.00 Uhr.

„Wir schwören deshalb
vor aller Welt
auf diesem Appellplatz
an dieser Stätte
des faschistischen Grauens:
Wir stellen den Kampf erst ein,
wenn auch der letzte Schuldige
vor den Richtern der Völker steht!
Die Vernichtung des Nazismus
mit seinen Wurzeln
ist unsere Losung.
Der Aufbau
einer neuen welt des Freidens
und der Freiheit
ist unser Ziel.
Das sind wir unseren
gemordeten Kameraden,
ihren Angehörigen schuldig."

Aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945

Antifaschistische Jugendarbeit

Der Landesverband der VVN-Bund der Antifaschisten in Bremen begrüßt den Beschluß des Bremer Senats eine Schülerwettbewerb zum Thema „Nationalsozialismus" einzurichten. Ähnlich positiv bewerten wir das Vorhaben vom Senator für Jugend und Soziales, Henning Scherf, den Bremer Förderpreis für Jugendarbeit 1988 u.a. mit der ausdrücklichen Aufgabenstellung „rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen Antworten aus der pädagogischen Praxis" zu versehen.

Die VVN-BdA, in dessen Organisation viele WiderstandskämpferInnen gegen das Naziregime vereint sind, bietet potentiellen TeilnehmerInnen an diesen Wettbewerben ihre Mithilfe an.

Willi Schäfter ist nicht mehr.

28. 1. 1910 — 9. 6. 1988

In der Dezember-Ausgabe des letzten Jahres veröffentlichten wir in der Reihe „ZEITZEUGEN" ein Porträt unseres Kameraden Willi Schäfter. Im Februar dieses Jahres mußte er sich dann im Krankenhaus einer schweren Operation unterziehen. Von der dabei diagnostizierten heimtückischen Krankheit hat er sich nicht mehr erholt. An der Seite seiner Frau Elsa, die ihn bis zuletzt aufopferungsvoll gepflegt hat, starb er im Alter von 78 Jahren in seinem Häuschen an der Ochtum.

Seiner Frau und Kameradin Elsa gilt unser Mitgefühl. Es kann nur ein schwacher Trost sein, daß er durch den Tod von einem qualvollen Leiden erlöst wurde.

Die VVN/BdA wird Willi Schäfter gedenken, in dem sie seine Arbeit weiterführen wird, die Welt frei von Faschismus zu machen und sie im humanistischen Sinne zu gestalten.

Hilferuf aus Vietnam

Alarmiert von der vietnamesischen Botschaft, versucht unsere Kameradin Waltraud Drygala in Bremen-Nord, in den letzten Monaten verstärkt finanzielle und materielle Hilfen für Vietnam zu sammeln. Zwar tut sie das seit vielen Jahren, aber eine drohende Hungerkatastrophe, verursacht durch die Spätfolgen des Krieges (Entlaubungsmittel, Bombenkrater, verminte Felder) und verheerende Naturkatastrophen, bedroht aktuell die Bevölkerung. Waltraud Drygala — und mit ihr viele Initiativen und Persönlichkeiten — bitten deshalb die Bremer Bevölkerung um Spenden für den Ankauf von Reis und Saatgut für die vietnamesische Bevölkerung.

Spendenkonto Initiative Solidaritätsbasar,
Alida Klee
Sparkasse Bremen
(BLZ 290 501 01) Konto 1715796
Stichwort: Reisspende Vietnam

Aufruf

Das Präsidium der VVN/BdA, die Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern und der Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung des deutschen Widerstandes führen aus Anlaß des 45. Jahrestages der Gründung der Bewegung Freies Deutschland ein Symposium in Frankfurt durch.

Hierzu suchen wir ehemalige Angehörige der Bewegung Freies Deutschland und ehemalige Kriegsgefangene, die nach 1945 in Kriegsgefangenenlagern antifaschistische Arbeit leisteten.

Bitte im Büro (Tel.: 38 29 14) oder direkt beim Bundesvorstand in Frankfurt melden (Tel.: 0 69 / 72 76 49).

Leider erst nach seiner Beisetzung haben wir das Ableben unseres Kameraden

Hans Meyer

9. 1. 1913 — 20.06.1988

erfahren. Kamerad Hans wurde vom Hitlerregime zu vier Jahren Zuchthaus wegen seiner Weitertätigkeit für die KPD verurteilt. Nach Aufenthalt im Zuchthaus Oslebshausen und Zuchthaus Hameln wurde er in das Strafbataillon 999 gepreßt. Auf der Insel Rhodos wurde er befreit. Nach Bremen zurückgekehrt, betätigte er sich sofort am Neuaufbau. Als Betriebsrat im Borgward-Werk wurde er wegen seines Widerstandes gegen die Remilitarisierung gemaßregelt. In den letzten Lebensjahren hinderte ihn sein Asthmaleiden an der politischen Arbeit. Einige Beiträge zur Aufarbeitung des örtlichen Widerstandes gegen den Faschismus und Krieg in Hemelingen waren seine letzten Aktivitäten. Er schied zu früh aus unserer Mitte.

Termine

Gruppe Ost

Mitgliederversammlung Mi., 24.8., um 19:30 Uhr, Weserterrassen

VVN Gruppe West:

Sonntag, 21. August, fährt die Gruppe West zur regionalen Geschichtsaufarbeitung nach BERGEN-BELSEN.
Abfahrt: 10.00 Uhr VVN-Büro Bgm.-Deichmann-Str. 26.
Fahrtkosten (Bus) DM 12,–
Rückfahrt über Sandbostel mit Kaffeepause in Langenhausen. Ankunft in HB ca. 18.00 Uhr.

Anmeldungen bei Kameradin Tilla Hundertmark (61 12 62) oder im Büro der VVN (38 29 14).

VVN Gruppe Nord:

Mittwoch, 10. August, 20.00 Uhr:
Informationsgespräch: Araber aus den von den Israelis besetzten Gebieten berichten über ihre Lebenssituation.
Gustav-Heinemann-Bürgerhaus.

Dienstag, 16. August, 19.00 Uhr:
Antifa. Forum 3 im Dokumentationszentrum Blumenthal.

Mittwoch, 17. August, 19.00 Uhr:
1. Antifatreffen im Bürgerhaus, Raum 101.

Friedensbewegung

Sa., 6.8., 10.00 - 19.00 Uhr, Mahnwache aus Anlaß des Hiroshima-Jahrestag auf dem Marktplatz.

Bremer Friedenstagen:

Di., 30.8., 20.00 Uhr, Glocke
Bremer Chorwerkstatt mit „Canto Generale"

Do., 1.9., 17.30 Uhr, Ecke Kornstraße / Kirchweg
Demonstration und Kundgebung.

Fr., 2.9., 20.00 Uhr, Schlachthof
Dietrich Kittner

Sa., 3.9., 10.00 - 16.00 Uhr, Innenstadt/Ansgarikirchhof
Stadtaktionen mit Theater, Musik, Aktionen, Infoständen.
20.00 Uhr Ruhrfestspiele mit „Woza-schwarze Stücke" im Theaterzelt der Breminale.

So., 4.9., 11.00 Uhr Friedens-Kongreß, Kulturzentrum Schlachthof.

Sommerausfahrt

diesmal zum Bürgerhaus Vegesack am Sa. **13. August 1988**
Beginn 15.00 Uhr. Kaffee & Kuchen, abends Grillfete, kulturelle Beiträge.

Abfahrt für Radfahrer: 13.00 Uhr VVN-Büro, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26. Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel: Abfahrt 14.00 Uhr ab Depot Gröpelingen der Linien 2, 3 und 10.

Bei genügend Voranmeldungen kann ab Depot ein Bus zum normalen BSAG Fahrpreis bestellt werden.

Aktivitäten zum 9. Nov. 1988

Vorläufiger Überblick

30. OKTOBER

Fahrt nach Sachsenhausen. Der erste Transport der Bremer Juden ging am 11. November 1938 nach Sachsenhausen.

8. NOVEMBER

Gedenkveranstaltung in der Bürgerschaft

9. NOVEMBER

Am **Vormittag** wird die SPD einen Kranz niederlegen am Denkmal Dechanatstraße.

Nachmittags werden viele Stadtteilinitiativen kleine Gedenkveranstaltungen, Mahnwachen u.a. Aktivitäten durchführen.

Abends um 20 Uhr, Treffpunkt Marktplatz, gibt es ab Marktplatz einen Schweigegang – Synagoge, Denkmal-Dechanatstraße, Altes Gymnasium. (Auf dem Schulhof des Alten Gymnasiums wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November alle männlichen Juden zusammengetrieben und am nächsten Tag zum Zuchthaus Oslebshausen durch die Stadt geführt.)

Desweiteren gibt es einen Gottesdienst in der Synagoge der Israelitischen Gemeinde. Sprecher werden hier sein der Bremer Rabbiner und Bürgermeister Wedemeyer. Im Anschluß wird eine Gedenktafel enthüllt.

10. NOVEMBER

Am **Vormittag** werden Lehrer, Konfirmanden, Pastoren und viele andere Menschen den Gang der jüdischen Männer vom alten Gymnasium zum Zuchthaus Oslebshausen nachvollziehen. Sie gehen durch die Stadt, Waller Heerstraße, Gröpelinger Heerstraße, Oslebshauser Heerstraße bis zum Gefängnis. Dort wird es eine kurze Abschlußkundgebung geben.

Ebenfalls am Vormittag wird eine Ausstellung im Staatsarchiv zur Verfolgung der Bremer Juden eröffnet.

Neben diesen aufgeführten Veranstaltungen gibt es noch eine Reihe weiterer Aktivitäten, die man ab Oktober einem Faltblatt entnehmen kann, welches die Landeszentrale f. Politische Bildung herausgibt.

Zur Initiierung und Unterstützung der Stadtteilaktivitäten wäre es gut, wenn unsere einzelnen VVN-Gruppen etwas mitentwickeln würden.

Material zu den jeweiligen Geschehnissen in den Stadtteilen gibt es im Büro. Tel.: 38 29 14

Ruhe

liegt über der Bewußtseinslage des Volkes
der tiefe, unergründliche See hat
eine glatte Oberfläche

Wirf einen Stein

nicht in Fensterscheiben
wirf ihn in den See
des bewegungslosen Bewußtseins

Damit der Kreise zieht

Kreise zieht, Kreise zieht
weit überall hin
und Bewegung erzeugt.

Irmgard